

1974	Ausgegeben zu Bonn am 28. August 1974	Nr. 51
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
23. 8. 74	Gesetz zu dem Vertrag vom 1. Oktober 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen	1165
29. 7. 74	Bekanntmachung über die Änderung von Verwaltungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland	1175
31. 7. 74	Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland	1176
7. 8. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris	1179
13. 8. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	1179

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 1. Oktober 1971
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 23. August 1974

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 1. Oktober 1971 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Wird ein Häftling nach Artikel 6 Abs. 1 des Vertrages in das Hoheitsgebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien überstellt, so gilt die in jugoslawischem Gewahrsam verbrachte Zeit als Teil des Freiheitsentzuges, der ohne die Überstellung im Inland vollzogen worden wäre.

Artikel 3

(1) Für die nach Artikel 6 Abs. 5 des Vertrages erforderlichen Haftentscheidungen ist zuständig:

1. Im Fall des Artikels 6 Abs. 1 des Vertrages das Gericht, das mit der Sache befaßt ist. Im vorbereitenden Verfahren ist der Amtsrichter zuständig, in dessen Bezirk die das Verfahren führende Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat;

2. im Fall des Artikels 6 Abs. 4 des Vertrages das Oberlandesgericht; die Verordnung über die örtliche Zuständigkeit der Gerichtsbehörden bei der Durchlieferung durch das Deutsche Reich vom 6. März 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 33) gilt entsprechend.

(2) Für die nach Artikel 6 Abs. 6 des Vertrages erforderlichen Haftentscheidungen ist zuständig der Richter, der die Rechtshilfehandlung vornehmen soll, oder der Amtsrichter, in dessen Bezirk die Behörde, die die Rechtshilfehandlung vornehmen soll, ihren Sitz hat.

Artikel 4

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 6 Abs. 5 und 6 des Vertrages eingeschränkt.

Artikel 5

(1) Rechtshilfeersuchen jugoslawischer Behörden, denen eine Zuwiderhandlung zugrunde liegt, die nach deutschem Recht eine Ordnungswidrigkeit wäre (Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe a des Vertrages), werden so behandelt, als ob ihnen nach deutschem Recht eine mit Strafe bedrohte Handlung zugrunde läge. Die Bewilligungsbehörde kann der Verwaltungsbehörde, die für die Verfolgung der Zuwiderhandlung zuständig wäre, die Vornahme der Rechtshilfebehandlung übertragen.

(2) Rechtshilfeersuchen deutscher Verwaltungsbehörden, denen eine Ordnungswidrigkeit zugrunde liegt (Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe a des Vertrages), werden so behandelt, als ob ihnen nach deutschem Recht eine mit Strafe bedrohte Handlung zugrunde läge. Die Verwaltungsbehörden legen die Ersuchen der für ihren Bezirk zuständigen Strafverfolgungsbehörde vor.

Artikel 6

§ 24 des Straßenverkehrsgesetzes ist auf in Jugoslawien begangene Zuwiderhandlungen gegen Straßenverkehrsvorschriften, die dort mit Strafe bedroht und die nach deutschem Recht als Ordnungswidrig-

keiten zu beurteilen sind (Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe a des Vertrages), entsprechend anzuwenden, wenn der Betroffene

1. zur Zeit der Begehung der Tat Deutscher war oder es danach geworden ist, oder im Geltungsbereich dieses Gesetzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, und
2. die zuständige jugoslawische Behörde um die Verfolgung ersucht.

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 bis 6 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Artikel 2 bis 6 treten zusammen mit dem Vertrag in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 27 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 23. August 1974

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Helmut Kohl

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
über die Rechtshilfe in Strafsachen

Ugovor
između Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije
i Savezne Republike Nemačke o pravnoj pomoći u krivičnim stvarima

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija
i
Savezna Republika Nemačka

in dem Wunsch, die zwischen beiden Staaten bestehenden Beziehungen weiter zu entwickeln und zu vertiefen und insbesondere den Verkehr zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Strafsachen zu regeln und dadurch zu erleichtern,

u želji da odnose koji postoje između dve države dalje razviju i prodube, a posebno da regulišu saobraćaj između dve države u oblasti pravne pomoći u krivičnim stvarima i time ga olakšaju,

sind wie folgt übereingekommen:

saglasile su se u sledećem:

Artikel 1

Verpflichtung zur Rechtshilfe

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den nachstehenden Vorschriften und Bedingungen einander soweit wie möglich Rechtshilfe zu leisten in allen Verfahren hinsichtlich strafbarer Handlungen, zu deren Verfolgung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, die Justizbehörden des ersuchenden Staates zuständig sind.

(2) Rechtshilfe wird auch geleistet:

- a) in Verfahren wegen Handlungen, die nach dem Recht eines oder beider Staaten nur mit Geldbuße bedroht sind, soweit mindestens in einem der beiden Staaten ein auch in Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann;
- b) in Verfahren wegen Übertretungen, die nach jugoslawischem Recht durch einen Richter für Übertretungen geahndet werden;
- c) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen;
- d) in Angelegenheiten des Strafaufschubs, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung einer Strafe oder einer Maßregel der Sicherung und Besserung;
- e) in Gnadensachen.

(3) Dieser Vertrag findet keine Anwendung

- a) auf Verhaftungen;
- b) auf die Vollstreckung von Straferkenntnissen;
- c) auf Handlungen, die nur in der Verletzung militärischer Pflichten bestehen.

Artikel 2

Ablehnungsgründe

Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden:

- a) wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach ihrer Art gemäß dem Recht des ersuchten Staates nicht geahndet werden kann;
- b) wenn der ersuchte Staat der Ansicht ist, daß die Erledigung des Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen dieses Staates zu beeinträchtigen.

Član 1

Obaveza ukazivanja pravne pomoći

(1) Strane ugovornice obavezuju se da će, prema niže navedenim odredbama i uslovima, u najvećoj mogućoj meri uzajamno ukazivati pravnu pomoć u svim postupcima u pogledu krivičnih dela za koja su u vreme kada je zatražena pravna pomoć nadležni pravosudni organi države molilje.

(2) Pravna pomoć će se takodje ukazivati:

- a) u postupku za dela za koja je po pravu jedne ili obe države propisana samo novčana kazna, ako se makar u jednoj od dveju država može izjaviti pravno sredstvo sudu nadležnom za krivične stvari;
- b) u postupku zbog prekršaja za koje po jugoslovenskom pravu izriče kazne sudija za prekršaje;
- c) u postupku po zahtevu za obeštećenje zbog mera preduzetih u vezi krivičnog gonjenja;
- d) u predmetima odlaganja kazne, prekida kazne i uslovnog odlaganja kazne ili mera bezbednosti odnosno vaspitne mere;
- e) u predmetima pomilovanja.

(3) Ovaj ugovor se neće primenjivati:

- a) na hapšenja;
- b) na izvršenje krivičnih odluka;
- c) na dela koja se sastoje samo u povredi vojnih dužnosti.

Član 2

Razlozi za odbijanje

Pravna pomoć se može odbiti:

- a) ako delo na koje se odnosi zamolnica samo po sebi nije kažnjivo po pravu zamoljene države;
- b) ako zamoljena država smatra da bi udovoljenje zamolnici moglo povrediti njen suverenitet, njenu bezbednost, njen javni poredak (ordre public) ili njene druge bitne interese.

Artikel 3**Politische strafbare Handlungen**

(1) Die Rechtshilfe kann ferner abgelehnt werden, wenn sich das Ersuchen auf eine strafbare Handlung bezieht, die vom ersuchten Staat als eine politische oder als eine mit einer solchen zusammenhängende strafbare Handlung angesehen wird.

(2) Als eine politische oder damit zusammenhängende strafbare Handlung im Sinne des Absatzes 1 wird nicht angesehen

- a) ein vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben, einschließlich Versuch und Teilnahme, es sei denn, daß die Tat im offenen Kampf begangen worden ist;
- b) eine strafbare Handlung, zu deren Verfolgung die Vertragsparteien aufgrund internationaler Übereinkommen verpflichtet sind.

Artikel 4**Zustellung von Verfahrensurkunden**

(1) Die Zustellung wird durch eine datierte und vom Empfänger unterschriebene Empfangsbestätigung oder durch eine Erklärung der zuständigen Behörde des ersuchten Staates nachgewiesen, welche die Tatsache, die Form und das Datum der Zustellung beurkundet. Die hiernach erstellte Urkunde über die Zustellung wird dem ersuchenden Staat unverzüglich übermittelt. Auf dessen Verlangen gibt der ersuchte Staat an, ob die Zustellung seinem Recht gemäß erfolgt ist.

(2) Konnte die Zustellung nicht bewirkt werden, so teilt der ersuchte Staat dies dem ersuchenden Staat unter Angabe des Grundes unverzüglich mit.

(3) Ein Ersuchen um Zustellung einer Ladung an eine im ersuchenden Staat beschuldigte Person muß dem ersuchten Staat so rechtzeitig zugehen, daß die Zustellung an die beschuldigte Person spätestens zehn Tage vor dem für ihr Erscheinen im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates festgesetzten Zeitpunkt bewirkt werden kann.

(4) Eine Ladung soll keine Zwangsandrohung für den Fall des Nichterscheins des Zeugen oder Sachverständigen enthalten. Enthält sie eine Zwangsandrohung, so wird sie gleichwohl zugestellt werden. Der Zeuge oder Sachverständige, der einer solchen Ladung keine Folge leistet, darf aber aus diesem Grund weder bestraft noch Zwangsmaßnahmen unterworfen werden.

(5) Hält der ersuchende Staat das persönliche Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen vor seinen Justizbehörden für besonders notwendig, so erwähnt er dies in dem Ersuchen um Zustellung der Ladung. Der ersuchte Staat fordert dann den Zeugen oder Sachverständigen auf zu erscheinen und unterrichtet den ersuchenden Staat über die Antwort des Zeugen oder Sachverständigen.

Artikel 5**Reise- und Aufenthaltskosten**

(1) Leistet ein Zeuge oder Sachverständiger einer ihm nach Artikel 4 zugestellten Ladung Folge, so werden die ihm vom ersuchenden Staat zu zahlende Entschädigung und zu erstattenden Reise- und Aufenthaltskosten nach Sätzen gewährt, die zumindest denjenigen entsprechen, die in den geltenden Tarifen und Bestimmungen des ersuchenden Staates vorgesehen sind. Die zu erstattenden Reise- und Aufenthaltskosten werden vom Aufenthaltsort des Zeugen oder Sachverständigen an berechnet.

(2) In dem Ersuchen um Zustellung der Ladung oder in der Ladung selbst ist zu erwähnen, in welcher Höhe un-

Član 3**Politička krivična dela**

(1) Pravna pomoć se može odbiti i ako se zamolnica odnosi na krivično delo koje je po oceni zamoljene države političko krivično delo ili delo povezano sa takvim krivičnim delom.

(2) Kao političko ili sa njim povezano krivično delo u smislu stava 1 neće se smatrati:

- a) krivično delo protiv života izvršeno sa umišljajem, uključujući tu pokušaj i saučesništvo, osim ako je delo izvršeno u otvorenoj borbi;
- b) krivično delo za čije su gonjenje strane ugovornice obavezne na osnovu međunarodnih sporazuma.

Član 4**Dostavljanje procesnih akata**

(1) Dostavljanje se dokazuje potvrdom o prijemu na koju je stavljen datum i koju je primalac potpisao ili izjavom nadležnog organa zamoljene države u kojoj se potvrđuje da je, kako i kada izvršeno dostavljanje. Ovako sastavljeni dokument o dostavljanju biće odmah predat državi molilji. Na zahtev države molilje zamoljena država navešće da li je dostavljanje izvršeno saglasno njenom pravu.

(2) Ukoliko nije moglo biti izvršeno dostavljanje, zamoljena država će o tome bez odlaganja obavestiti državu molilju i navešće razlog za neizvršenje.

(3) Zamolnica za dostavljanje poziva licu koje je okrivljeno u državi molilji mora biti dostavljena zamoljenoj državi blagovremeno, kako bi uručenje okrivljenom licu moglo biti izvršeno najkasnije deset dana pre datuma utvrđenog za dolazak okrivljenog na teritoriju države molilje.

(4) Poziv ne treba da sadrži pretnju prinudnim merama za slučaj da se svedok ili veštak ne odazove pozivu. Poziv će se ipak uručiti i kad sadrži pretnju prinudnim merama. Međutim, ako se svedok ili veštak ne odazove takvom pozivu, ne može iz tog razloga biti kažnjen ili podvrgnut prinudnim merama.

(5) Ako država molilja smatra da je naročito potrebno da se svedok ili veštak lično pojavi pred njenim pravosudnim organima, ona će to navesti u zamolnici za dostavljanje poziva. Zamoljena država zatim poziva svedoka odnosno veštaka da pristupi i obaveštava državu molilju o odgovoru koji je dao svedok odnosno veštak.

Član 5**Putni troškovi i troškovi boravka**

(1) Svedoku ili veštaku koji se odazove pozivu koji mu je dostavljen prema članu 4. pripadaju naknada, putni troškovi i troškovi boravka, koje država molilja treba da plati, u iznosima koji odgovaraju najmanje onima koji su predviđeni u važećim tarifama i odredbama države molilje. Putni troškovi i troškovi boravka koji treba da se naknade računaju se od mesta boravka svedoka ili veštaka.

(2) U zamolnici za dostavljanje poziva ili u samom pozivu treba navesti u kojoj će približno visini nadležni

gefähr die zuständige Behörde des ersuchenden Staates dem Zeugen oder Sachverständigen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet sowie die Entschädigung zahlt.

Artikel 6

Überstellung von Häftlingen als Zeugen

(1) Verlangt der ersuchende Staat das persönliche Erscheinen eines Häftlings als Zeuge oder zur Gegenüberstellung, so wird dieser unter der Bedingung seiner Rücküberstellung innerhalb der vom ersuchten Staat bestimmten Frist zeitweilig in das Hoheitsgebiet überstellt, in dem die Vernehmung stattfinden soll.

(2) Die Überstellung wird abgelehnt,

- a) wenn der Häftling ihr nicht zustimmt,
- b) wenn die Überstellung geeignet ist, seine Haft zu verlängern, oder
- c) wenn andere wichtige Gründe seiner Überstellung in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates entgegenstehen.

(3) Die Überstellung kann aufgeschoben werden, wenn die Anwesenheit des Häftlings wegen eines im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates anhängigen Strafverfahrens notwendig ist.

(4) Soll ein Häftling als Zeuge oder zur Gegenüberstellung von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates überstellt werden, so wird dieser Vertragsstaat vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 2 und 3 die Durchbeförderung des Häftlings gestatten, sofern er nicht Angehöriger dieses Staates ist.

(5) Die überstellte Person muß im Fall des Absatzes 1 im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates, im Fall des Absatzes 4 im Hoheitsgebiet des um Durchbeförderung ersuchten Staates in Haft gehalten werden, sofern nicht der um Überstellung ersuchte Staat ihre Freilassung verlangt.

(6) Gestattet der ersuchte Staat entsprechend Artikel 16 Absatz 2 die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so hat er sie für die Dauer ihres Aufenthalts in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfebehandlung dem ersuchenden Staat unverzüglich wieder zuzuführen, sofern nicht dieser die Freilassung verlangt. Artikel 7 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 7

Freies Geleit

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, gleich welcher Staatsangehörigkeit, der auf Ladung vor den Justizbehörden des ersuchenden Staates erscheint, darf in dessen Hoheitsgebiet wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor seiner Abreise aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates weder verfolgt, in Haft gehalten, noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(2) Eine Person, gleich welcher Staatsangehörigkeit, die von den Justizbehörden des ersuchenden Staates geladen ist, um sich wegen einer ihr zur Last gelegten Handlung strafrechtlich zu verantworten, darf dort wegen nicht in der Ladung aufgeführter Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Abreise aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates weder verfolgt, in Haft gehalten, noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(3) Der in diesem Artikel vorgesehene Schutz endet, wenn der Zeuge, Sachverständige oder Beschuldigte während zwanzig aufeinanderfolgender Tage, nachdem seine

organ der drzave molilje naknaditi svedoku ili veštaku putne troškove, troškove boravka kao i naknade.

Član 6

Predaja lica lišenih slobode radi svedočenja

(1) Ako država molilja zahteva da se lice lišeno slobode pojavi lično kao svedok ili radi suočenja, ono će biti privremeno predato na teritoriju na kojoj treba da se održi saslušanje, pod uslovom da će biti vraćeno u roku koji je odredila zamoljena država.

(2) Predaja će se odbiti:

- a) ako se lice lišeno slobode s tim ne saglasi,
- b) ako bi usled predaje moglo doći do produženja njegovog lišenja slobode, ili
- c) ako postoje drugi važni razlozi protiv njegovog sprovođenja na teritoriju države molilje.

(3) Predaja se može odložiti ako je prisustvo lica lišenog slobode potrebno u krivičnom postupku koji se vodi na teritoriji zamoljene države.

(4) Ako lice lišeno slobode treba radi svedočenja ili suočenja da bude sprovedeno od strane neke treće države jednoj državi ugovornici a preko teritorije druge države ugovornice, ova država ugovornica, pridržavajući se odredaba čl. 2. i 3., odobriće tranzit lica lišenog slobode ako ono nije državljanin te države.

(5) Predato lice mora u slučaju iz stava 1. biti u pritvoru na teritoriji države molilje, a u slučaju iz stava 4. na teritoriji države zamoljene za tranzit, ukoliko država od koje je zatražena predaja ne zahteva da ono bude pušteno na slobodu.

(6) Ako zamoljena država saglasno članu 16. stav 2. dozvoli da prilikom izvršenja zamolnice bude prisutno lice lišeno slobode na teritoriji države molilje, dužna je da to lice drži u pritvoru za vreme njegovog boravka na njoj teritoriji i da ga po preduzetoj radnji pravne pomoći odmah vrati državi molilji, ukoliko ova ne zahteva da ono bude pušteno na slobodu. Član 7. shodno se primenjuje.

Član 7

Slobodan dolazak

(1) Svedok ili veštak, bez obzira na njegovo državljanstvo, koji na poziv pristupi pred pravosudne organe države molilje ne sme biti krivično gonjen, pritvoren ili podvrgnut nekom drugom ograničenju lične slobode na njoj teritoriji zbog dela učinjenih ili osuda izrečenih pre napuštanja teritorije zamoljene države.

(2) Lice, bez obzira na njegovo državljanstvo, koje je pozvano da pristupi pred pravosudne organe države molilje da bi za delo koje mu se stavlja na teret krivično odgovaralo, ne može biti u njoj krivično gonjeno, pritvoreno ili podvrgnuto nekom drugom ograničenju lične slobode za dela i osude koji nisu navedeni u pozivu, a potiču iz vremena pre nego što je to lice otputovalo iz teritorije države molilje.

(3) Zaštita predviđena u ovom članu prestaje ako je svedok, veštak ili okrivljeno lice za vreme od dvadeset uzastopnih dana pošto je prestala potreba za njegovim

Anwesenheit von den Justizbehörden nicht mehr verlangt wurde, die Möglichkeit gehabt hat, das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates zu verlassen, und trotzdem dort bleibt, oder wenn er nach Verlassen dieses Hoheitsgebietes dorthin zurückgekehrt ist.

Artikel 8

Durchsuchung und Beschlagnahme

Ein Rechtshilfeersuchen, das eine Durchsuchung oder Beschlagnahme zum Gegenstand hat, wird nur erledigt,

- a) wenn ihm eine Handlung zugrunde liegt, die nach ihrer Art auch gemäß dem Recht des ersuchten Staates geahndet werden kann, und
- b) wenn die Erledigung mit dem Recht des ersuchten Staates vereinbar ist.

Artikel 9

Herausgabe von Gegenständen

(1) Gegenstände und Schriftstücke können nur beschlagnahmt und herausgegeben werden, wenn ein Beschlagnahmebeschluß der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates vorliegt.

(2) Rechte des ersuchten Staates und dritter Personen an Gegenständen und Schriftstücken, die herausgegeben werden, bleiben unberührt.

(3) Der ersuchte Staat kann die Herausgabe von Gegenständen, Schriftstücken oder Akten, um deren Übermittlung ersucht worden ist, aufschieben, wenn er sie für ein anhängiges Strafverfahren benötigt.

(4) Der ersuchte Staat braucht nur beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien der erbetenen Akten oder Schriftstücke zu übermitteln. Verlangt der ersuchende Staat jedoch ausdrücklich die Übermittlung von Urschriften, so wird diesem Ersuchen so weit wie möglich stattgegeben.

Artikel 10

Rückgabe von Gegenständen

Die Gegenstände sowie die Urschriften von Akten oder Schriftstücken, die in Erledigung eines Rechtshilfeersuchens übermittelt worden sind, werden vom ersuchenden Staat so bald wie möglich dem ersuchten Staat zurückgegeben, sofern dieser nicht darauf verzichtet.

Artikel 11

Auskunft aus dem Strafregister

(1) Wird für ein Verfahren gemäß Artikel 1 Absätze 1 und 2 um Auskunft aus dem Strafregister ersucht, so wird diese Auskunft im gleichen Umfang erteilt, als ob eine Justizbehörde des ersuchten Staates sie angefordert hätte.

(2) Ersuchen eines Zivilgerichts oder einer Verwaltungsbehörde sind zu begründen. Es wird ihnen stattgegeben, soweit die innerstaatlichen Vorschriften des ersuchten Staates dies zulassen.

Artikel 12

Inhalt der Rechtshilfeersuchen

(1) Das Ersuchen um Rechtshilfe wird schriftlich gestellt; es wird von dem zuständigen Richter oder Beamten unterschrieben und mit dem Amtssiegel versehen.

- (2) Das Ersuchen hat im wesentlichen zu enthalten:
- a) möglichst genaue Angaben über die Person, gegen die sich das Strafverfahren richtet, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort;

prisustvom pred pravosudnim organima imao mogućnost da napusti teritoriju države molilje i tamo je ipak ostao, ili ako se posle napuštanja te teritorije opet tamo vrati.

Član 8

Pretresanje i zaplena stvari

Zamolnici za pretresanje ili zaplenu stvari udovoljiće se samo:

- a) ako se odnosi na delo koje je samo po sebi kažnjivo i prema pravu zamoljene države, i
- b) ako je udovoljavanje u skladu s pravom zamoljene države.

Član 9

Predaja predmeta

(1) Predmeti i pismena mogu se zapleniti i predati samo ako postoji odluka nadležnog organa države molilje o zapleni.

(2) Prava zamoljene države i trećih lica na predmetima i pismenima koji se predaju ostaju nedirnuti.

(3) Zamoljena država može odgoditi predaju predmeta, pismena ili akata čije se dostavljanje traži, ako su joj potrebni u nekom krivičnom postupku koji je u toku.

(4) Zamoljena država treba da dostavi samo overene prepise ili overene fotokopije traženih akata ili pismena. Ako država molilja ipak izričito zahteva dostavljanje u izvorniku, zahtevu će biti udovoljeno u najvećoj mogućoj meri.

Član 10

Povraćaj predmeta

Predmete kao i izvornike akata ili pismena koji su dostavljeni radi izvršenja zamolnice država molilja vратиće što pre zamoljenoj državi, ukoliko ih se ova ne odrekne.

Član 11

Obaveštenja iz kaznene evidencije

(1) Ako se za neki postupak iz člana 1. st. 1. i 2. moli obaveštenje iz kaznene evidencije, ovakvo obaveštenje pružiće se u istom obimu kao da je to zahtevao pravosudni organ zamoljene države.

(2) Molbe suda u građanskim stvarima ili administrativnog organa moraju se obrazložiti. Njima će biti udovoljeno, ukoliko to dozvoljavaju unutrašnji propisi zamoljene države.

Član 12

Sadržina zamolnica za pravnu pomoć

(1) Zamolnica za pravnu pomoć sastavlja se u pismenoj formi; potpisuje je nadležni sudija ili službeno lice i na nju se stavlja službeni pečat.

- (2) Zamolnica treba da sadrži uglavnom sledeće:
- a) po mogućstvu tačne podatke o licu protiv kojeg se vodi krivični postupak, njegovom državljanstvu i mestu stanovanja ili boravka;

b) eine kurze Darstellung und rechtliche Würdigung der strafbaren Handlung mit Angabe von Zeit und Ort ihrer Begehung, sofern dies nicht aus beigefügten Schriftstücken oder Urkunden zu entnehmen ist.

(3) In einem Zustellungsersuchen sind auch die Anschrift des Empfängers und die zuzustellende Urkunde anzugeben.

(4) Dem Ersuchen um Durchsuchung von Personen oder Räumen oder um Beschlagnahme und Herausgabe von Gegenständen oder Schriftstücken wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Beschlagnahmebeschlusses beigefügt.

(5) Der ersuchte Staat kann ergänzende Auskünfte verlangen, die für eine Entscheidung aufgrund dieses Vertrages oder zur Durchführung der Rechtshilfehandlung notwendig sind.

Artikel 13 Geschäftsweg

(1) Unbeschadet des diplomatischen Wegs und soweit dieser Vertrag nichts anderes vorsieht, erfolgt der Schriftverkehr zwischen den Justizministerien der Länder (Landesjustizverwaltungen) der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Sekretariaten für Justiz der Sozialistischen Republiken oder der Sozialistischen Autonomen Provinzen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits.

(2) In dringenden Fällen können die Rechtshilfeersuchen von den zuständigen Behörden des ersuchenden Staates unmittelbar oder durch Vermittlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) den zuständigen Behörden des ersuchten Staates übermittelt werden. Die Erledigungsstücke werden auf dem in Absatz 1 vorgesehenen Weg übersandt.

Artikel 14 Unzuständige Behörde

Ist die mit einem Rechtshilfeersuchen befaßte Behörde zu dessen Erledigung nicht zuständig, so leitet sie es von Amts wegen an die zuständige Behörde weiter und verständigt davon den ersuchenden Staat auf demselben Weg, auf dem das Ersuchen gestellt worden ist.

Artikel 15 Erledigung der Ersuchen

Bei der Erledigung des Ersuchens wird das Recht des ersuchten Staates angewendet. Dem Verlangen des ersuchenden Staates, in bestimmter Weise zu verfahren, wird jedoch entsprochen, sofern das Recht des ersuchten Staates ein solches Verfahren nicht verbietet.

Artikel 16 Unterrichtung über Zeit und Ort der Erledigung

(1) Auf ausdrückliches Verlangen des ersuchenden Staates unterrichtet ihn der ersuchte Staat von Zeit und Ort der Erledigung des Rechtshilfeersuchens.

(2) Die beteiligten Justizbehörden sowie die sonstigen Prozeßbeteiligten können bei der Vornahme der Rechtshilfehandlung anwesend sein, wenn der ersuchte Staat zustimmt.

Artikel 17 Begründung der Ablehnung

Jede vollständige oder teilweise Ablehnung der Rechtshilfe ist zu begründen.

b) kratak prikaz i pravnu ocenu kažnjive radnje sa podacima o vremenu i mestu gde je ona izvršena, ukoliko to ne proizilazi iz priloženih spisa i dokumenata.

(3) U zamolnici za dostavljanje navodi se i adresa primaoca i dokument koji se dostavlja.

(4) Uz zamolnicu za pretres lica ili prostorija ili za zaplenu i predaju predmeta ili pismena prilaže se otpravak ili overeni prepis odluke o zaplenu.

(5) Zamoljena država može tražiti dopunska obaveštenja koja su joj potrebna za donošenje odluke na osnovu ovog ugovora ili za izvršenje radnje pravne pomoći.

Član 13 Način opštenja

(1) Pored mogućnosti diplomatskog puta i ukoliko ovaj ugovor drugačije ne predviđa, pismeni saobraćaj će se vršiti između sekretarijata za pravosuđe socijalističkih republika ili socijalističkih autonomnih pokrajina Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije s jedne strane i pokrajinskih ministarstava pravosuđa (pokrajinskih pravosudnih uprava) Savezne Republike Nemačke s druge strane.

(2) U hitnim slučajevima nadležni organi države molilje mogu nadležnim organima zamoljene države dostavljati zamolnice neposredno ili posredstvom Međunarodne policijske organizacije (Interpol). Rešeni predmeti će biti dostavljeni na način predviđen u stavu 1.

Član 14 Nenadležni organ

Ako organ kome je upućena zamolnica nije nadležan za njeno izvršenje, dostaviće je po službenoj dužnosti nadležnom organu i o tome izvestiti državu molilju istim putem kojim je zamolnica upućena.

Član 15 Izvršavanje zamolnice

Prilikom izvršavanja zamolnice primenjuje se pravo zamoljene države. Udovoljiće se ipak zahtevu države molilje da se postupi na određeni način, ukoliko pravo zamoljene države ne zabranjuje takav način.

Član 16 Obaveštavanje o vremenu i mestu izvršenja

(1) Na izričiti zahtev države molilje zamoljena država će je obavestiti o vremenu i mestu izvršenja zamolnice.

(2) Zainteresovani pravosudni organi kao i ostali učesnici u postupku mogu prisustvovati prilikom preduzimanja radnje pravne pomoći ako se sa tim saglasi zamoljena država.

Član 17 Obrazloženje odbijanja

Svako potpuno ili delimično odbijanje pravne pomoći mora biti obrazloženo.

Artikel 18**Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung**

(1) Jeder Vertragsstaat kann den anderen Vertragsstaat ersuchen, die Strafverfolgung gegen eine Person, die in dessen Hoheitsgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, insbesondere gegen einen Angehörigen dieses Staates, wegen einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangenen strafbaren Handlung zu übernehmen, anstatt die Person selbst zu verfolgen.

(2) Ersucht ein Vertragsstaat den anderen um Übernahme der Strafverfolgung, so prüfen die Behörden des ersuchten Staates, ob die Person nach dessen Recht strafrechtlich verfolgt werden kann. Ist die Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates gegeben, so kann die Strafverfolgung nicht mit der Begründung abgelehnt werden, die Tat sei im Ausland begangen worden.

(3) Der vom Verletzten bei einer zuständigen Behörde des ersuchenden Staates fristgerecht gestellte, nach dem Recht beider Staaten erforderliche Strafantrag ist auch im anderen Staat wirksam. Ist der Strafantrag nur nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich, so kann er innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist nachgeholt werden. Diese beginnt mit dem Eingang des Ersuchens bei der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde des ersuchten Staates.

Artikel 19**Verfolgung von Übertretungen aufgrund eines Übernahmeersuchens**

(1) Hat ein Vertragsstaat den anderen Vertragsstaat um Übernahme der Verfolgung einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangenen Handlung ersucht, so ist die Verfolgung auch dann zulässig, wenn die Handlung nach dem Recht eines oder beider Staaten als eine Handlung nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) oder als Übertretung zu würdigen ist.

(2) Verstöße gegen Straßenverkehrsvorschriften, die in dem einen Vertragsstaat begangen worden sind, werden auf Ersuchen dieses Staates in dem anderen Vertragsstaat so verfolgt, als ob sie in dessen Hoheitsgebiet begangen worden wären. Dabei sind jedoch die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

Artikel 20**Verfahren bei Übernahmeersuchen**

(1) Dem Ersuchen um Übernahme der Verfolgung werden beigefügt:

- a) die Akten in Urschrift oder Abschrift und etwaige Beweisgegenstände;
- b) eine Sachverhaltsdarstellung;
- c) eine Abschrift der Bestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind;
- d) in den Fällen des Artikels 19 Absatz 2 außerdem eine Abschrift der am Tatort geltenden Verkehrsregeln.

(2) Der ersuchende Staat wird so bald wie möglich von dem aufgrund des Ersuchens Veranlaßten unterrichtet. Nach Abschluß des Verfahrens wird ihm eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der endgültigen Entscheidung übersandt. Zugleich werden dem ersuchenden Staat die überlassenen Gegenstände und Akten kostenfrei zurückgegeben, sofern dieser nicht darauf verzichtet hat.

(3) Die aus der Anwendung der Artikel 18, 19 und dieses Artikels entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

Član 18**Molbe za preuzimanje krivičnog gonjenja**

(1) Svaka država ugovornica može, umesto da sama krivično goni, zamoliti drugu državu ugovornicu da preuzme krivično gonjenje protiv lica koje na njenoj teritoriji ima uobičajeno boravište, a naročito protiv državljanina te države, zbog krivičnog dela izvršenog na teritoriji države molilje.

(2) Ako jedna država ugovornica zamoli drugu državu ugovornicu da preuzme krivično gonjenje, organ zamoljene države ispitaće da li po njenom pravu to lice može biti krivično gonjeno. Ako postoji nadležnost zamoljene države, ne može se odbiti krivično gonjenje iz razloga da je delo izvršeno u inostranstvu.

(3) Predlog za gonjenje koji je potreban po pravima obe države, a oštećeni ga je u određenom roku podneo nadležnom organu države molilje, ima dejstvo i u drugoj državi. Ako je predlog za gonjenje potreban samo po pravu zamoljene države može biti naknadno podnet u zakonskom roku. Rok počinje teći od dana kad je organ zamoljene države nadležan za krivično gonjenje primio zamolnicu.

Član 19**Gonjenje za prekršaje povodom zamolnica za preuzimanje**

(1) Ako jedna država ugovornica zamoli drugu državu ugovornicu da preuzme gonjenje za delo izvršeno na teritoriji države molilje, gonjenje je dozvoljeno iako se delo prema pravu jedne ili obeju država smatra kao delo iz člana 1. stav 2. tačka a) ili kao prekršaj.

(2) Povrede propisa drumskog saobraćaja izvršene na teritoriji jedne države ugovornice, na molbu te države goniće se u drugoj državi ugovornici kao da su izvršene na njenoj teritoriji. Pritom će se, međutim, uzimati kao osnov pravila saobraćaja koja važe u mestu izvršenja dela.

Član 20**Postupak po zamolnicama za preuzimanje**

(1) Uz zamolnicu za preuzimanje gonjenja prilažu se:

- a) akta u izvorniku ili prepisu, kao i predmeti za dokaz ako ih ima;
- b) opis činjeničnog stanja;
- c) prepis odredaba koje se na delo primenjuju prema pravu koje važi u mestu izvršenja;
- d) u slučajevima iz člana 19. stav 2. i prepis pravila saobraćaja koja važe u mestu izvršenja.

(2) Država molilja će biti što pre obavestena o tome šta je preduzeto u vezi sa zamolnicom. Po okončanju postupka poslaće joj se otpisak ili overeni prepis konačne odluke. Istovremeno vratiće se državi molilji, bez naknade troškova, predmeti i akta koje je ona dostavila, ukoliko se nije toga odrekla.

(3) Troškovi nastali usled primene čl. 18., 19. i ovog člana ne naknaduju se.

Artikel 21**Auswirkung der Verfolgungsübernahme**

Wurde aufgrund eines Übernahmeersuchens im ersuchten Staat eine Verfolgung eingeleitet, so sehen die Behörden des ersuchenden Staates von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Beschuldigten wegen derselben Tat ab,

- a) wenn das Verfahren von dem zuständigen Gericht oder der zuständigen Behörde aus materiellrechtlichen Gründen endgültig eingestellt worden ist,
- b) wenn er rechtskräftig freigesprochen worden ist,
- c) wenn die erkannte Strafe oder Maßregel der Sicherung und Besserung oder die von einer Verwaltungsbehörde erkannte Geldbuße vollstreckt worden ist oder wenn sie kraft Gesetzes oder wegen eines Gnadenbeweises nicht mehr vollstreckt werden kann oder
- d) solange die Vollstreckung der Strafe oder der Maßregel der Sicherung und Besserung oder der von einer Verwaltungsbehörde erkannten Geldbuße ganz oder teilweise ausgesetzt oder der Ausspruch einer Strafe aufgeschoben ist.

Artikel 22**Austausch von Strafnachrichten**

(1) Jede Vertragspartei benachrichtigt die andere Vertragspartei von allen deren Staatsangehörige betreffenden Eintragungen in das Strafregister.

(2) Die Strafnachrichten werden einmal vierteljährlich zwischen dem Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesrat für Justiz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ausgetauscht.

Artikel 23**Anzuwendende Sprache**

(1) Die Behörden beider Vertragsparteien werden Ersuchen und alle sonstigen Schriftstücke in ihrer amtlichen Sprache abfassen. Soweit nicht in Absatz 2 etwas anderes bestimmt ist, sind ihnen beglaubigte Übersetzungen in einer amtlichen Sprache der anderen Vertragspartei beizufügen. Amtliche Sprachen im Sinne dieses Vertrages sind in der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Sprache, in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die serbokroatische beziehungsweise die kroatoserbische Sprache, die slowenische und die mazedonische Sprache.

(2) Bei Ersuchen um Übernahme der Verfolgung nach Artikel 20 genügen beglaubigte Übersetzungen des Ersuchens und der Sachverhaltsdarstellung. Den nach Artikel 22 auszutauschenden Strafnachrichten brauchen keine Übersetzungen in eine amtliche Sprache der anderen Vertragspartei beigefügt zu werden.

Artikel 24**Legalisation**

Die in Anwendung dieses Vertrages übermittelten Unterlagen und Schriftstücke bedürfen keiner Legalisation.

Artikel 25**Kosten**

Die Erledigung von Rechtshilfeersuchen gibt keinen Anlaß zur Erstattung von Kosten, mit Ausnahme derjenigen, die durch die Beiziehung eines Sachverständigen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates oder die durch die Überstellung eines Häftlings nach Artikel 6 verursacht werden.

Član 21**Dejstvo preuzimanja gonjenja**

Ako je na osnovu zamolnice za preuzimanje pokrenut postupak u zamoljenoj državi, organi države molilje odustaće od preduzimanja daljih mera gonjenja ili izvršenja protiv okrivljenog zbog istog dela:

- a) ako je nadležni sud ili nadležni organ konačno obustavio postupak iz materijalnopravnih razloga;
- b) ako je okrivljeni pravnosnažno oslobodjen;
- c) ako je izrečena kazna ili mera bezbednosti odnosno vaspitna mera ili od upravnog organa izrečena novčana kazna izvršena ili ako izvršenju nema mesta po zakonu ili zbog akta o pomilovanju; ili
- d) za vreme dok je izvršenje kazne ili mere bezbednosti odnosno vaspitne mere, ili od upravnog organa izrečene novčane kazne odloženo ili je izricanje kazne odgodjeno.

Član 22**Razmena podataka iz kaznene evidencije**

(1) Svaka strana ugovornica obaveštavaće drugu stranu ugovornicu o svim upisima u kaznenu evidenciju koji se odnose na njene državljane.

(2) Podaci će se razmenjivati svaka tri meseca između Saveznog saveta za pravosuđe Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i Saveznog ministarstva pravosuđa Savezne Republike Nemačke.

Član 23**Upotreba jezika**

(1) Organi obe strane ugovornice sastavljaju molbe i sva druga pismena na svom službenom jeziku. Ovima se prilažu, ukoliko u stavu 2. nije drukčije predviđeno, overeni prevodi na službenom jeziku druge strane ugovornice. Službeni jezici u smislu ovoga ugovora jesu u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji srpskohrvatski odnosno hrvatsko-srpski jezik, slovenački i makedonski jezik, a u Saveznoj Republici Nemačkoj nemački jezik.

(2) U slučaju zamolnica za preuzimanje gonjenja iz člana 20. dovoljan je overen prevod zamolnice sa opisom činjeničnog stanja. Prihkom razmene podataka za kaznenu evidenciju prema članu 22. ne treba da bude priložen prevod na službeni jezik druge strane ugovornice.

Član 24**Legalizacija**

Za priloge i pismena koja se podnose u primeni ovog ugovora nije potrebna legalizacija.

Član 25**Troškovi**

Izvršenje zamolnice za pravnu pomoć ne povlači naknadu troškova, osim onih koji nastaju na teritoriji zamoljene države usled pozivanja veštaka ili usled predaje lica lišenog slobode na osnovu člana 6.

Artikel 26**Anwendungsbereich**

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 27**Ratifikation; Inkrafttreten; Kündigung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Belgrad ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages treten alle über denselben Gegenstand zwischen den Vertragsparteien abgeschlossenen Vereinbarungen außer Kraft.

(4) Der Vertrag bleibt bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tag an in Kraft, an welchem eine der Vertragsparteien ihn kündigt.

GESCHEHEN zu Bonn am 1. Oktober 1971 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Paul Frank

Hermann Maassen

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

Čačinović

Član 26**Područje primene**

Ovaj ugovor važi i za Land Berlin ukoliko vlada Savezne Republike Nemačke u roku od tri meseca od stupanja na snagu ovog ugovora vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije ne da suprotnu izjavu.

Član 27**Ratifikacija, stupanje na snagu i otkazivanje**

(1) Ovaj ugovor podleže ratifikaciji; ratifikacioni instrumenti razmeniće se što je moguće pre u Beogradu.

(2) Ovaj ugovor stupa na snagu po isteku trideset dana od razmene ratifikacionih instrumenata.

(3) Stupanjem na snagu ovog ugovora prestaju važiti svi sporazumi zaključeni između ugovornih strana o istom predmetu.

(4) Ovaj ugovor ostaje na snazi po isteku jedne godine od dana kada ga je jedna ugovorna strana otkazala.

SAČINJENO u Bonn-u dana 1. oktobra 1971. godine u dva originala, svaki na srpsko-hrvatskom i nemačkom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obavezan.

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju

Čačinović

Za Saveznu Republiku Nemačku

Paul Frank

Hermann Maassen

Bekanntmachung
über die Änderung von Verwaltungsabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtsstellung von Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten
in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 29. Juli 1974

Die in Bonn auf Grund des Artikels 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Verwaltungsabkommen

vom 6./17. März 1964,

vom 23. Dezember 1966 und

vom 4. Juni/1. Dezember 1971

sind geändert worden. Die in diesen Verwaltungsabkommen u. a. erwähnten Niederlassungen amerikanischer Lehranstalten

a) der Universität von Indiana,

b) der Staatsuniversität von Ohio,

c) des Capitol Institute of Technology,

d) der Universität von Arkansas

haben nach Mitteilungen der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. März und 16. Mai 1974 ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt; sie sind deshalb zu streichen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen

zu a) und b) vom 8. Juni 1964 (Bundesanzeiger Nr. 113 vom 25. Juni 1964),

zu c) vom 9. Januar 1968 (Bundesanzeiger Nr. 21 vom 31. Januar 1968),

zu d) vom 28. Januar 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 84).

Bonn, den 29. Juli 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Bekanntmachung
des Verwaltungsabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtsstellung von Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten
in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 31. Juli 1974

In Bonn ist auf Grund des Artikels 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) durch Notenwechsel vom 25. Juni 1974 und 22. Juli 1974 ein Verwaltungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung folgender Niederlassungen amerikanischer Bildungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden:

“Harford Community College,
University of Nebraska at Omaha,
El Paso Community College, Colorado Springs,
Colorado,
Troy State University, Montgomery, Alabama,
Pennsylvania State University, University Park,
Pennsylvania“.

Das Verwaltungsabkommen ist nach seiner Nr. 6
am 24. Juli 1974

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Februar 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 202).

Bonn, den 31. Juli 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika

Auswärtiges Amt
514-554.60/1 USA

Nr. 140

Verbalnoten

(Übersetzung)

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt folgendes mitzuteilen:

Um für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte sowie des zivilen Gefolges und ihre Angehörigen weitere Möglichkeiten der Fortbildung zu schaffen, die gegenwärtig nicht bestehen, schlägt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Dem „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, dem „El Paso Community College, Colorado Springs, Colorado“, der „Troy State University, Montgomery, Alabama“ und der „Pennsylvania State University, University Park, Pennsylvania“, die den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bieten, wird dieselbe Behandlung gewährt werden wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.

Die Hinzufügung dieser Bildungsprogramme, die auf Wunsch von Mitgliedern der amerikanischen Streitkräfte erfolgt, trägt dazu bei, die Ziele einer nur aus Freiwilligen bestehenden militärischen Streitkraft zu erreichen. Bildungsanstalten, die bereits eine Behandlung erfahren, wie die Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind, sind nicht in der Lage, die oben erwähnten Kurse in ihren Lehrprogrammen anzubieten.

2. Die vorgenannten Organisationen sind für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeiten nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und unterstehen deren Dienstaufsicht.
3. Die ausschließlich im Dienste des „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, des „El Paso Community College“, der „Troy State University“ und der „Pennsylvania State University“ stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut wie Mitglieder des zivilen Gefolges und die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
4. Das „Harford Community College“, die „University of Nebraska at Omaha“, das „El Paso Community College“, die „Troy State University“ und die „Pennsylvania State University“ gelten nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut und sind in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Empfang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 140 vom 25. Juni 1974 zu bestätigen, mit welcher die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorschlägt, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

- „1. Dem „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, dem „El Paso Community College, Colorado Springs, Colorado“, der „Troy State University, Montgomery, Alabama“ und der „Pennsylvania State University, University Park, Pennsylvania“, die den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bieten, wird dieselbe Behandlung gewährt werden wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.

Die Hinzufügung dieser Bildungsprogramme, die auf Wunsch von Mitgliedern der amerikanischen Streitkräfte erfolgt, trägt dazu bei, die Ziele einer nur aus Freiwilligen bestehenden militärischen Streitkraft zu erreichen. Bildungsanstalten, die bereits eine Behandlung erfahren, wie die Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind, sind nicht in der Lage, die oben erwähnten Kurse in ihren Lehrprogrammen anzubieten.

2. Die vorgenannten Organisationen sind für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeiten nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und unterstehen deren Dienstaufsicht.
3. Die ausschließlich im Dienste des „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, des „El Paso Community College“, der „Troy State University“ und der „Pennsylvania State University“ stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut wie Mitglieder des zivilen Gefolges und die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
4. Das „Harford Community College“, die „University of Nebraska at Omaha“, das „El Paso Community College“, die „Troy State University“ und die „Pennsylvania State University“ gelten nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und sind in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahr-

von ihnen betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO Truppenstatuts angesehen.

5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Zweigstellen des „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, des „El Paso Community College“, der „Troy State University“ und der „Pennsylvania State University“ ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei diesen Einrichtungen beschäftigten Personen mitteilen.
6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den in den Nummern 1 bis 6 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, schlägt die Botschaft vor, daß diese Verbalnote und eine das Einverständnis der Bundesrepublik bestätigende Note ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO Truppenstatut zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Bonn-Bad Godesberg, 25. Juni 1974

An das
Auswärtige Amt
53 B o n n

zeuge, die von ihnen betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.

5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Zweigstellen des „Harford Community College“, der „University of Nebraska at Omaha“, des „El Paso Community College“, der „Troy State University“ und der „Pennsylvania State University“ ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei diesen Einrichtungen beschäftigten Personen mitteilen.
6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 140 vom 25. Juni 1974 und diese Antwortnote ein Verwaltungsabkommen zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 22. Juli 1974

L. S.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
53 Bonn-Bad Godesberg

L. S.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris**

Vom 7. August 1974

Das Internationale Übereinkommen vom 25. Januar 1924 für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 317) ist nach seinem Artikel 6 für

Somalia am 10. Mai 1974
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 51).

Bonn, den 7. August 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen**

Vom 13. August 1974

Das Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 129) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 3 für

Tschad am 15. Mai 1974
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Juli 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 1028).

Bonn, den 13. August 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 282. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Juli 1974, ist im Bundesanzeiger Nr. 151 vom 16. August 1974 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen

und

auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht
enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 151 vom 16. August 1974 kann zum Preis von 0,55 DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (022 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1 45 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.